Walter Sittler und Gerd Leipold lesen im Medienhaus

RAVENSBURG - Der Schauspieler Walter Sittler und der Ex-Chef von Greenpeace International, Gerd Leipold, sind die zentralen Figuren einer Lesung im Foyer des Medienhauses von Schwäbisch Media. Am Montag, 25. November, lesen beide bei der Veranstaltung des Buchladens Ravensbuch aus ihrem Buch „Zeit, sich einzumischen“. Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr. Hendrik Groth, Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung, moderiert.

Walter Sittler FOTO: DPA

Gerd Leipold FOTO: PR

Der Künstler und der Aktivist: Die Lesung von Sittler und Leipold ist ein Plädoyer für Transparenz und Demokratie, für Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein. Ihr Buch „Zeit, sich einzumischen“ ist eine Bestandsaufnahme der Herausforderungen, die sich unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert stellen.

Der **Eintritt** kostet 12 Euro. Schüler, Studenten und Inhaber einer Ravensbuch-Card zahlen 9 Euro.

Pressestimmen

Das Kalkül der Bombenleger

Der Schweizer Tages-Anzeiger meint zu dem Bombenanschlag in Beirut:

„Der gestrige Terroranschlag auf die iranische Botschaft in Beirut ist eine Reaktion auf den Einsatz der Hisbollah und auf die militärische Rolle der Iraner im syrischen Bürgerkrieg. Die libanesische Schiiten-Miliz ist eine der Speerspitzen bei den Offensiven des syrischen Präsidenten Assad. (...) Das Kalkül der sunnitischen Bombenleger aus Beirut ist einfach: Wenn die Hisbollah sich im eigenen Land bedroht fühlt, muss sie ihre Kämpfer nach Hause holen. Dafür nehmen die sunnitischen Milizen gern in Kauf, dass der Kampf zwischen den muslimischen Religionsgruppen auch im Libanon geführt wird. “

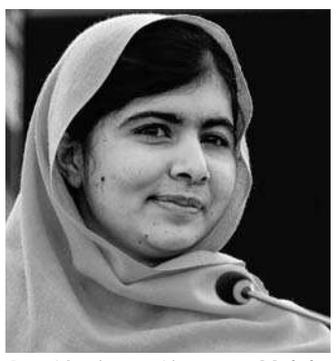
Verantwortung fürs Klima

Die schwedische Tageszeitung Sydsvenskan (Malmö) kommentiert die UN-Klimakonferenz in Warschau:

„Das Ziel der Klimakonferenz in Polen ist, bei den Vorbereitungen für 2015 so weit wie möglich zu kommen, damit ein neues globales Klimaabkommen erreicht werden kann. (...) Wie frühere Gipfel gezeigt haben, ist es genauso schwierig, zu internationalen Übereinkünften zu kommen wie die Lage selbst. Es ist schwierig, die Länder der Welt darin zu einen, wie die Lasten verteilt werden sollen. Obwohl die Verantwortung, den Planeten zu retten, bei allen liegt.“

Zitat des Tages

„Das ist ein bedeutender Preis für mich, er gibt mir Mut.“


Die 16-jährige Aktivistin **Malala Yousafzai** aus Pakistan (Foto: AFP) bei der Verleihung des Sacharow-Preises im Europaparlament in Straßburg

Er wird uns fehlen

Interview

„Populistisch und alarmistisch“

Meteorologe Hans von Storch über Panikmache beim Klima und langfristige Lösungen

RAVENSBURG - Warschau ist derzeit Gastgeber der 19. UN-Klimakonferenz. Der Meteorologe Hans von Storch hat zum Klimawandel eine eigene Meinung – und die weicht in vielen Punkten von dem ab, was viele Wissenschaftler in Warschau vorschlagen. In seinem Buch „Die Klimafalle“ (gemeinsam mit dem Soziologen Werner Krauß) beschreibt er seinen Standpunkt und die Nähe von Klimaforschung und Politik. Nicolai Kapitz hat sich mit ihm unterhalten.

In Ihrem Buch schreiben Sie: „Die Kommunikationsstrategie einiger Wissenschaftler der vergangenen zwei Jahrzehnte bestand im Wesentlichen darin, die möglichen dramatischen Folgen des menschengemachten Klimawandels zu beschreiben.“ Was ist daran falsch und welche Strategie verfolgen Sie?

Ich denke, dass eine solche Strategie nachhaltig gemacht werden muss. Das bedeutet, dass die Aussagen auch nach zehn Jahren noch glaubhaft sein müssen. Wenn der Eindruck entsteht, dass in sehr naher Zukunft im Winter kein Schnee mehr fällt, aber dann gibt es mehrmals hintereinander ordentliche Schneewinter, dann nagt das an der Glaubwürdigkeit der Klimaforschung. Man muss der Versuchung widerstehen, eine kurzfristige Mobilisierung der Menschen zugunsten eines als gut wahrgenommenen Ziels erreichen zu wollen. Das haben wir schon beim Waldsterben erlebt, das erlebten wir mit den Hurrikanen, die die US-Küsten trafen. Erst gab es dort mehrere schlimme Hurrikane, die von prominenten Klimaforschern und sogar von US-Präsident Obama als Ausdruck des Klimawandels dargestellt wurden – und nun blieben die Wirbelstürme aus. Für Klimatologen ist das normal, aber in der Öffentlichkeit nur sehr schwer zu kommunizieren.

Auch Taifun Haiyan, der auf den Philippinen katastrophale Schäden verursachte, wurde von vielen Menschen auf den Klimawandel zurückgeführt.

Dieser Taifun war vor allem sehr stark, fast der stärkste der letzten Jahrzehnte. Er brachte riesige Schäden mit sich – und er wütete während der Klimakonferenz in Warschau. Und damit sind der Sturm und seine Schäden sofort instrumentalisiert worden zugunsten einer politischen Auseinandersetzung über Wertvorstellungen im Klimawandel. Das ist populistisch und alarmistisch.

Dieser Alarmismus ist Ihnen ein Dorn im Auge. Liefern Sie mit dieser Haltung nicht den Klimaschädigern Argumente?

Mein Antrieb ist, dass der Klimawandel langfristig thematisiert wird. Das Problem ist nämlich nur über eine längere Zeit zu lösen. Solche aufblitzenden Phasen wie jetzt, mit großer Empörung über zwei Wochen hinweg, die bewirken relativ wenig. Auch der Appell an den Einzelnen, etwa weniger zu fliegen, mehr Fahrrad zu fahren, den Müll zu sortieren – das ist alles Augenwischerei. Das löst das Problem nicht. Das Problem ist die riesige Menge an CO_2, die emittiert wird. Nicht in Europa, sondern vor allem weiter weg. Wir müssen es schaffen, dass dieses Problem weltweit angegangen wird, nicht unbedingt koordiniert, aber jeder auf seine Weise

Wie kann das funktionieren?

Das funktioniert nicht durch moralische Appelle, das geht auch nicht durch den Hinweis, dass wir in Deutschland oder Europa moralische Vorreiter sein könnten. In anderen Kulturen interessiert es nicht die Bohne, ob wir in Deutschland moralische Vorreiter zu sein behaupten. Nein: Wir müssen dafür sorgen, dass Klimaschutz eine wirtschaftlich attraktive Angelegenheit wird, sodass er dann überall auf der Welt praktiziert wird. Und das schaffen wir dadurch, sage ich als Bürger und nicht als Wissenschaftler, dass wir Technologien entwickeln, die die Entwicklung im Rest der Welt nicht behindert und dennoch mit weniger Emissionen einhergeht. Ich denke, dazu kann Deutschland, mit vielen gut ausgebildeten Ingenieuren, hervorragend beitragen. Der beste Klimaschutz, den wir leisten können, besteht darin, dass wir viele Ingenieure ausbilden und die bitten, an den Klimaschutz als Teil der allgegenwärtigen Modernisierung zu denken.

Dann hätte Deutschland also doch wieder die Vorreiterrolle.

Wir hätten dann eine Vorreiterrolle, die aber nicht moralisch ist, sondern technologisch. Die hatte Deutschland immer schon in gewisser Hinsicht. Auf die Technologien sind wir zu Recht stolz. In Schwaben gibt es ja auch eine ganze Menge davon.

Sie schlagen auch vor, das Klimaproblem mit regionalen Lösungen anzugehen. Ein weltweites Klima-Diktat lehnen Sie ab. Was meinen Sie damit?

Klimapolitik sollte aus einer regionalen Perspektive entwickelt werden, nachdem globale Ansätze über die Jahrzehnte erfolglos blieben. Das betrifft nicht nur die Verminderung der Emissionen, sondern auch den Umgang mit den Risiken des Klimas, die es ja auch ohne Klimawandel schon gibt, die aber auch möglicherweise in einigen Aspekten noch verschärft werden. Denken wir an Hitzewellen, die mehr werden, oder dass wir auf Dauer stärkere Niederschläge bekommen werden. Das bedeutet Stress für eine Region. Wir sollten Methoden entwickeln, die an die Möglichkeiten und Erfordernisse der Region angepasst sind und von den Leuten mitgetragen werden. In Bezug auf weniger Emissionen ist es bei uns im Norden Windkraft, im Südwesten sind es wohl andere Dinge: Solarenergie, Wasserkraft.

Was raten Sie den Delegierten dann beim Dialog in Warschau?

Ich würde mich freuen, wenn sie das Thema ernst nehmen. Und ernst nehmen bedeutet, dass sich alle darüber im Klaren sind: Es muss um wirklich erhebliche Reduktionen gehen und nicht um symbolische Akte. Sie sollen sich nicht nervös machen lassen von den Schreihälsen, die vor den Türen stehen und nach symbolischen Akten und nach einer Verbesserung der Menschen verlangen. Sondern dass sie sich wirklich um das Thema Klimawandel und Nachhaltigkeit kümmern – es geht um große Mengen Kohlenstoff.

Klima-Professor

Der Klimaforscher **Hans von Storch** (Foto: privat) wurde 1949 in Wyk auf Föhr (Schleswig-Holstein) geboren. Er ist Professor für Meteorologie an der Universität Hamburg und Leiter des „Instituts für Küstenforschung“ in Geesthacht. Er hat rund 50 Werke veröffentlicht, darunter im Februar 2013 „Die Klimafalle“ mit Werner Krauß.

Arme und reiche Staaten streiten über Klimaschäden

WARSCHAU (epd) - Beim Weltklimagipfel in Warschau streiten Entwicklungs- und Industrieländer über den Umgang mit klimabedingten Schäden. In der Nacht zum Mittwoch verließen die Vertreter der Entwicklungsländergruppe G77 aus Protest die Verhandlungen.

Der Streit zwischen reichen und armen Ländern dreht sich darum, welche institutionellen Mechanismen entwickelt werden sollen, um Entwicklungsländer bei der Bewältigung von Schäden zu unterstützen. Nach Darstellung aus Verhandlungskreisen der G77 blockierte vor allem Australien einen Kompromiss.

Die Entwicklungsstaaten sehen bei der Bewältigung der Klimaschäden die Industriestaaten in der Pflicht, die vor allem für den Klimawandel verantwortlich sind. Eine geforderte Staatenhaftung und Kompensationszahlungen schließen reiche Staaten jedoch aus. Sie bieten stattdessen mehr Unterstützung bei Katastrophenvor- und nachsorge an. Auch spezielle Versicherungen gegen Klimaschäden sind im Gespräch.

Diese Hilfe könnte über bereits bestehende Geldtöpfe finanziert werden, etwa über den Grünen Klima-Fonds, der unter anderem die Anpassung an die Erderwärmung finanzieren soll. Über Anpassungsmaßnahmen wie etwa den Bau von Deichen wird bereits seit Jahren ausführlich beraten. Westliche Länder haben deshalb vorgeschlagen, auch über die klimabedingten Schäden in diesem Rahmen zu verhandeln. Entwicklungsländer lehnen das ab.

Umweltminister Altmaier in bei seiner Rede in Warschau. FOTO: DPA

Bundesumweltminister Peter Altmaier warnte auf der Konferenz davor, sich bei den Verhandlungen nur auf die Bewältigung von Schäden zu konzentrieren. „Es geht nicht nur darum, Schäden zu reparieren, sondern es gilt zu verhindern, dass Schäden eintreten“, sagte er. Arme Staaten bräuchten zwar finanzielle Unterstützung, dabei dürfe der Kampf gegen den Klimawandel aber nicht vernachlässigt werden.

Umweltminister entlassen

Den Taifun „Haiyan“ auf den Philippinen bezeichnete Altmaier als erschütterndes Beispiel für die Folgen des Klimawandels. Zudem versicherte der Minister, dass die künftige Große Koalition beim Klimaschutz vorangehen und sich unter anderem für ehrgeizigere EU-Ziele zur CO_2-Minderung einsetzen werde.

Überschattet wurde der zehnte Verhandlungstag auch von der Entlassung des polnischen Umweltministers Marcin Korolec aus der Regierung. Seinen Ministerposten verlor er im Zuge einer Kabinettsumbildung. Er leitet die Konferenz als Präsident. Klimaschützer werteten Korolecs Rauswurf als Beleg dafür, dass die Klimakonferenz dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk nicht besonders wichtig sei. Gastgeber Polen blockiert seit Jahren ehrgeizigere EU-Ziele zur Treibhausgas-Minderung.

Analyse

Rüstungspolitik zwischen Hemmungslosigkeit und Interessenwahrung

Von Michael Fischer

Deutsche Rüstungsexporte sind im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren gesunken. Grund dafür ist eine Verschiebung bei der Kundschaft – weg von Verbündeten in EU und Nato, hin zu reichen Drittländern wie Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Der Wert der Exporte ist mit 946 Millionen Euro erstmals seit zehn Jahren wieder unter die Marke von einer Milliarde Euro gesunken. Auch die Exportgenehmigungen nahmen um 13 Prozent auf 4,7 Milliarden Euro ab. Nach Angaben des Stockholmer Forschungsinstituts Sipri ist Deutschland damit der drittgrößte Waffenexporteur. Mit sieben Prozent Anteil am Weltmarkt lag die deutsche Rüstungsindustrie von 2008 bis 2012 aber weit hinter der Konkurrenz in den USA (30 Prozent) und Russland (26 Prozent). Der Anteil der Rüstung an allen deutschen Ausfuhren liegt bei 0,09 Prozent.

Die Aufregung um die Exporte hat zwei Gründe. Einerseits hat sich der Export von Kleinwaffen verdoppelt. Dazu zählen Maschinengewehre, Handgranaten oder tragbare Raketenwerfer. Die Ausfuhr dieser Waffen ist so umstritten, weil in Bürgerkriegen damit besonders viele Menschen getötet werden. Noch mehr stört die Opposition aber, dass die Rüstungsindustrie ihre Kundschaft verstärkt außerhalb von EU und Nato sucht. Bei den Ausfuhrgenehmigungen kommen die Drittländer auf einen Anteil von 55 Prozent, bei den tatsächlichen Exporten auf 59 Prozent. In Europa lassen sich deutsche Waffen wegen schrumpfender Staatshaushalte immer schwerer verkaufen. Auf dem weltweit größten Rüstungsmarkt, den USA, bekommen deutsche Firmen wegen der starken einheimischen Konkurrenz keinen Fuß auf den Boden. In der Golfregion, Nordafrika oder Asien wird dagegen aufgerüstet.

Saudi-Arabien war 2012 Abnehmerland Nummer eins für die deutsche Rüstungsindustrie. Die Bundesregierung sieht in dem Golfstaat einen Stabilitätsfaktor in der Region. Unter anderem verweist sie auf die Vermittlungsbemühungen der saudischen Regierung im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern.

Bei Ländern wie Saudi-Arabien muss der Bundessicherheitsrat, der über die Exporte in geheimen Sitzungen entscheidet, zwischen dem Eintreten für Menschenrechte und den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands abwägen. (dpa)